Labours Aussenpolitik in den dreissiger Jahren

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **48 (1969)**

Heft 11

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338144

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

dagegen ein Produkt anzubieten, das auf dem Markt konkurrenzlos ist und vom Publikum stark gefragt ist, so wird sie mit einer hohen Gewinnspanne und entsprechend hohen Preisen operieren.

Zusammenfassend können wir sagen, dass die meisten Preise von den Anbietern, d. h. von den Produzenten und vom Handel, bestimmt werden. In diesem Fall spricht man von einem *Verkäufermarkt*. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen der Käufer den Preis bestimmt. Dies ist namentlich auf den meisten Rohstoffmärkten der Fall, de facto aber auch in einigen Bereichen des Detailhandels, so etwa im Auto-Occasionen-Geschäft. Ein solcher *Käufermarkt* bildet sich meist dort, wo ein gewisses Überangebot besteht.

J. W. Brügel, London

Labours Aussenpolitik in den dreissiger Jahren

Es war ein Unglück für die ganze Welt, dass in den dreissiger Jahren in London konservative Regierungen am Werke waren, die überhaupt keine Einsicht in die weltpolitischen Zusammenhänge besassen, das Phänomen des internationalen Faschismus nicht begriffen und Europa durch eine Kette von Konzessionen an die Diktatoren an den Rand des Abgrundes brachten. Wie hat sich in dieser Zeit die sozialistische Opposition im Unterhaus, die Labourbewegung im Lande verhalten? Das ist das Thema einer hochinteressanten Studie, die ein amerikanischer Professor nach Jahren intensivster Forscherarbeit veröffentlicht (John F. Naylor, *Labour's International Policy*, The Labour Party in the 1930s, 380 Seiten, London 1969, Verlag Weidenfels and Nicolson). Es ist eine überaus fleissige Arbeit, die sich auch auf ungedrucktes internes Material der Labour Party stützt. Leider waren dem Verfasser die Protokolle der Parteivorstandssitzungen nicht zugänglich. Naylor bemerkt dazu, dass in einem Augenblick, da durch ein Eingreifen Harold Wilsons die Sperrfrist für Staatsdokumente von 50 auf 30 Jahre herabgesetzt wurde, auch die Labour Party ihr mehr als 30 Jahre altes Archivmaterial ernsten Forschern zur Gänze öffnen sollte. Naylor ist ein solcher ernster Forscher. Bei aller Sympathie für die Labour Party, die er nicht verleugnet – er nimmt die Partei besonders gegen kommunistische Verdrehungen in Schutz –, schreibt er mit grosser Objektivität.

Die Labour Party befand sich in einer scharfen Opposition gegen die damaligen konservativen Regierungen und hat natürlich auch deren Aus-

senpolitik einer unbarmherzigen Kritik unterzogen. Das bedeutet aber nicht, dass sie immer auch mit den Argumenten gekämpft hat, die der jeweiligen internationalen Situation angemessen waren; sie hat sich für den nachträglichen Betrachter oft zu sehr von innenpolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Naylors Buch beleuchtet gut und wohl dokumentiert Labours ständige Warnungen vor Hitler und Mussolini, die Opposition der Partei gegen die Politik des Nachgebens den Diktatoren gegenüber und die Stellung zu Einzelfragen, wie den Überfall auf Abessinien, den Bürgerkrieg in Spanien, die Preisgabe Österreichs, die Verschacherung der Tschechoslowakei und die Haltung der Regierung Chamberlain Polen gegenüber, von der man bis in den letzten Augenblick fürchten musste, sie werde wieder zu einem Abkommen mit Hitler führen. Auf die Besetzung Österreichs z. B. hat der damalige Parteiführer *Clement Attlee* in einer Weise reagiert, die sich auch heute sehen lassen kann:

«Jeder erfolgreiche Fall von schlechtem Willen, jeder erfolgreiche Angriffsakt führt zu einem nächsten ... Mandschurei, Rheinland, Abessinien, Spanien, China, Österreich — was wird das nächste sein? In dieser fortschreitenden Verschlechterung der Weltsituation muss ein Augenblick kommen, in dem man fest dastehen muss, wenn nicht ganz Europa in den Schmelztiegel geworfen werden soll.»

Der Zusammenbruch der deutschen Demokratie 1933 und die Vernichtung der Demokratie in Österreich 1934 haben auf die britischen Sozialisten wie ein Schock gewirkt. Haben sie aber daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen? Naylor zeigt, wie die Labour Party immer wieder kollektive Sicherheit als einzigen wirksamen Schutz vor Diktatoren propagiert hat; damit hatte sie zweifellos recht. Aber dass sie dem Lande lange die Mittel zur Verteidigung verweigert hat, lässt sich nicht rechtfertigen. Es war natürlich ein Ausfluss der oppositionellen Stellung, und Attlee hat immer wieder betont, dass ein «Nein» zum Verteidigungsbudget keine Ablehnung der Verteidigung an sich sei. So feine Unterscheidungen macht aber kaum jemand. Dabei wurden oft Argumente gegen eine Tolerierung (um mehr ging es nicht) der sehr zahmen Rüstungsanstrengungen der konservativen Regierungen gebraucht, die sich heute merkwürdig lesen. Aneurin Bevan war damals ein Einzelgänger und kein Sprecher der Parteiführung, die sich wesentlich milder ausdrückte. Aber sein damaliger (1937) Ausspruch war für viele britische Sozialisten typisch:

«Wir sollten dem Lande sagen, dass wir bereit sind, jedes notwendige Opfer zu bringen, alle notwendigen Waffen zu bewilligen, um die faschistischen Mächte zu bekämpfen und um den Weltfrieden zu konsolidieren, aber wir werden nicht unseren Feinden ein Schwert in die Hand geben, das dazu benützt werden kann, uns den Kopf abzuhacken.»

Man konnte den britischen Konservativen vieles vorwerfen, vor allem ihre Unzulänglichkeit gegenüber der faschistischen Gefahr, aber ihnen irgendeine Absicht nachzusagen, die Demokratie im eigenen Land abzu-

töten, war lächerlich. Mit Recht hat Churchill, damals ein einsamer Mann als Kritiker der Politik seiner eigenen Partei, gehöhnt, dass Labours Mahnrufe gegen den Faschismus der Konsequenz entbehren, wenn zugleich dem Land die Mittel zur Verteidigung verweigert werden. Trotzdem hat die Labour Party bis 1937 immer alljährlich gegen die Wehrauslagen gestimmt. 1937 ist es dann zwei Männern endlich gelungen, das Steuer herumzuwerfen, *Ernest Bevin*, dem einflussreichsten Gewerkschaftsfunktionär, und *Hugh Dalton*, einem aussenpolitischen Sprecher der Partei. Von da an hat sich die Partei bei den Unterhausabstimmungen über die Wehrausgaben wenigstens der Stimme enthalten. Aber noch im April 1939 hat sie sich gegen die Absichten der konservativen Regierung gekehrt, statt des in England traditionellerweise freiwilligen Militärdienstes die Wehrpflicht einzuführen, eine Massnahme, die unter den damaligen Verhältnissen unausweichlich war. Wieder war Bevans Opposition viel schärfer als die der Parteiführung und noch weniger im Einklang mit den Notwendigkeiten der Stunde:

«... wenn man einmal die Wehrpflicht hat, werden die Generäle in Kommando aller Kräfte des Landes sein, und wir wissen bereits, wie abgrundtief dumm sie sich unter solchen Umständen verhalten würden. Es ist interessant, festzuhalten, dass eines der Hauptmittel zur Verteidigung der Demokratie in diesem Land die sofortige Aufgabe demokratischer Rechte seitens der Bevölkerung sein soll.»

Nichts von diesen Prophezeiungen ist eingetroffen. Attlee hat später zugegeben, dass die Opposition der Partei gegen die Wehrpflicht – Léon Blum hat die britischen Sozialisten beschworen, ihr zuzustimmen – ein Fehler war. Natürlich war sie nichts anderes als der Ausfluss des tiefsten Misstrauens gegen die konservative Regierung, die einige Monate vorher die Tschechoslowakei an Hitler verschachert hatte. Aber man hätte erkennen müssen, dass es noch eine viel grössere Gefahr für die eigene Bewegung, für die Demokratie und für die Welt gibt als eine unfähige reaktionäre Regierung im Lande.

Die Frage ist nicht zu beantworten, wie sich unter den gleichen Bedingungen eine Arbeiterregierung verhalten hätte. Dalton hat behauptet, eine Labourregierung würde aufrüsten, und es spricht manche Wahrscheinlichkeit dafür. Aber sie hätte mit einer starken innerparteilichen Opposition zu kämpfen gehabt, die sich nicht nur auf die verhältnismässig kleine Schar der unentwegten Pazifisten gestützt hätte, sondern auf viele, die im Wettrüsten auch gegen Hitler nur die Kopierung konservativer Methoden gesehen hätte, mit einer Gefahr fertig zu werden.

Naylor vermerkt aber nicht nur die Punkte, in denen die Labourpolitik der dreissiger Jahre vom heutigen Gesichtspunkt aus negativ beurteilt werden muss, sondern weist nach, dass die Linie Labours in den Grundlagen der damaligen Bedrohung der Freiheit besser angepasst war als die ihrer Widersacher. Er ist objektiv, aber nicht unkritisch, und es

ist ihm vor allem gelungen, die Haltung der Partei zu den einzelnen Fragen an gut ausgewählten Zitaten nachzuweisen. Es ist ein wichtiges Buch für die Geschichte der sozialistischen Bewegung.

Profile der Weltpolitik

Frankreichs dramatische Situation

Hintergründe, Ziffern, Rezepte

Frankreichs Aussenhandelsdefizit erreichte in den letzten Monaten 7,5 Milliarden Francs. Seit Juli 1968 hat Frankreich vom Ausland, insbesondere vom Internationalen Währungsfonds, insgesamt 37,5 Milliarden geliehen, von welchen aber 20 Milliarden bereits wieder ausgegeben wurden.

Angesichts dieser von Fachleuten als dramatisch bezeichneten Situation werden die von Premierminister Chaban-Delmas und Finanzminister Giscard d'Estaing bis jetzt verfügten Austerity-Massnahmen als «bescheiden» bezeichnet.

Tatsächlich wagt es die gegenwärtige Regierung nicht, das ganze Ausmass des drohenden Staatsbankrotts bekanntzugeben, aus Angst, durch diese Enthüllungen eine neue Franc-Flucht und damit einen neuen Währungssturz hervorzurufen.

Pinays Verzicht

Eine ähnliche Situation gab es in Frankreich vor elf Jahren nach de Gaulles Machtergreifung. Damals war es dem Finanzminister Antoine Pinay gelungen, durch drastische Massnahmen die französische Währung zu retten. Die soziale und politische Situation unterschied sich allerdings merklich von der gegenwärtigen Lage. Frankreich stand mitten im Algerienkrieg, und de Gaulle war auf den Wellen eines rechtsradikalen Staatsstreichs zur Macht gekommen. Ein Widerstand der Gewerkschaften war nicht zu befürchten. So konnten alle öffentlichen Tarife und Steuern erhöht, die Sozialversicherung beschnitten und zugleich ein allgemeiner Lohnstopp dekretiert werden.

Ähnliche Massnahmen kann sich die Regierung Pompidou/Chaban-Delmas jetzt nicht leisten. Die Arbeitnehmer sind durch die erfolgreichen Streiks des Jahres 1968 und die dabei erzielten Lohnerhöhungen und Teilreformen ermutigt, die französische Armee hat auf jedwede rechtsextreme Putschabsichten verzichtet, die Staatsgewalt ist infolge der Ereignisse des letzten Jahres und insbesondere nach dem Rückritt von General de Gaulle geschwächt. Die «Begehrlichkeit» der Arbeitnehmer ist gewachsen.